

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, spricht sich für eine verstärkte Berufsausbildung für Jugendliche aus.

Seite 1/2

Heinz Westphal MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft" der SPD-Bundestagsfraktion, fordert eine bessere Finanzausstattung für den Bund.

Seite 3

Heinrich Braune, Mitglied des Seniorenrates beim SPD-Vorstand, verlangt ein Umdenken in der Altenpolitik.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Mangel an Fachkräften - Ergebnis mangelnder Berufsausbildung

Die Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind noch nicht gelöst

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Erfolgsmeldungen sind vorfrüht. Auch wenn in einzelnen Regionen oder Branchen gegenwärtig Ausbildungsplätze angeboten werden, für die es keine Bewerber gibt, kann noch keineswegs davon die Rede sein, daß bundesweit mehr Plätze zur Verfügung stehen als benötigt werden. Die Anstrengungen der Wirtschaft um weitere zusätzliche Ausbildungsplätze müssen auch in den Monaten Juli und August unvermindert fortgesetzt werden. Denn noch haben nicht alle suchenden Schulabgänger einen Ausbildungsplatz gefunden. Es gibt Regionen, in denen die Nachfrage größer ist als das Angebot von Ausbildungsplätzen. Wieviele Jugendliche jetzt schon einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, kann niemand sagen. Denn endgültig ausgezählt wird erst im Herbst. Erst im Oktober werden die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit vorliegen, die deutlich machen,

- wieviele Ausbildungsplätze 1979 den Arbeitsämtern von den Betrieben zur Vermittlung angeboten worden sind,
- wieviele Jugendliche sich bei den Arbeitsämtern um einen Ausbildungsplatz bemüht haben und
- wieviele Jugendliche zum Stichtag 30. September unversorgt und wieviele Plätze unbesetzt geblieben sind.

Zum Jahresende kann dann mit der endgültig ermittelten Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge - in diese Zahl gehen auch die Verträge ein, die ohne Vermittlung der Arbeitsämter zustande gekommen sind - die Gesamtbilanz gezogen werden.

Wir sollten uns erinnern: Im vergangenen Jahr lag das Angebot an Ausbildungsplätzen knappunter der Nachfrage der Bewerber. Ein Überangebot, das die Auswahlmöglichkeit verbessert hätte, wurde nicht erreicht. Im Gegenteil: etwa vier Prozent der Bewerber fanden keinen Ausbildungsplatz.

In diesem Jahr wird erneut, wegen der größeren Jahrgangsstärke, die Zahl der Bewerber steigen. Im Berufsbildungsbericht 1979 wird die Gesamtzahl der Ausbildungsplatzsuchenden auf rund 655.000 geschätzt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies neuerlich einen Anstieg um 26.500 Jugendliche, die "ihren" Ausbildungsplatz suchen.

Vertreter der Wirtschaft beklagen in diesen Tagen immer lauter, daß nur wenige Facharbeiter unter den Arbeitslosen zu finden sind. Dieser Facharbeitermangel könne, so die Befürchtungen der Wirtschaft, den wirtschaftlichen Aufschwung nachhaltig bremsen. Daraus kann doch nur gefolgert werden, daß die Anstrengungen aller Beteiligten - also auch die Anstrengungen der Wirtschaft - guten Nachwuchs auszubilden, noch verstärkt werden müssen. Denn auch Berufsausbildung ist betriebliche Zukunftssicherung. Oder anders herum: Mangel an Fachkräften ist das Ergebnis von zu wenig Berufsausbildung. Dies sollten vor allem die vielen Betriebe erkennen, die selbst bisher noch nicht oder nicht genügend ausbilden und sich auf die Ausbildungsleistungen anderer verlassen, anstatt sich um die Ausbildung ihres eigenen Facharbeiternachwuchses zu bemühen.

Im Übrigen muß man, wenn es um die ausreichende Versorgung aller Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen geht, auch an die Ausbildungsprobleme von "Problemgruppen" unter den ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen denken: an Jugendliche ohne Hauptschulabschluß oder mit schwächeren Schulabschlüssen, an lernbeeinträchtigte und behinderte Jugendliche, an Ausländerkinder, aber auch an Jugendliche in strukturschwachen Gebieten.

Mädchen haben noch zusätzliche Schwierigkeiten. Sie finden durch den verschärften Wettbewerb um Ausbildungsplätze sogar in ihren herkömmlichen Domänen - den sogenannten Frauenberufen - immer schwerer Ausbildungsmöglichkeiten. Noch schwieriger ist es für Mädchen, in gewerblich-technischen Berufen - also in den herkömmlich fast ausschließlich von Männern besetzten Berufen - eine Chance zu bekommen. Unsere Modeleversuche für Mädchen in gewerblich-technischen Ausbildungsberufen werden von großem öffentlichen Interesse begleitet. Doch dadurch darf nicht der Eindruck entstehen, als hätten sich allein schon durch diese Modellversuche die Ausbildungschancen von Mädchen grundlegend verbessert. Nach wie vor findet sich unter den fünf am stärksten von weiblichen Auszubildenden besetzten Ausbildungsberufen (Verkäuferin (1. Stufe), Friseurin, Bürokaufmann, Arzthelferin, Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk) kein gewerblich-technischer Beruf.

In den vergangenen Jahren hat die Wirtschaft ihr Ausbildungsplatzangebot erheblich gesteigert. In den letzten drei Jahren haben rund 300.000 Jugendliche mehr eine Berufsausbildung begonnen als im 3-Jahres-Zeitraum davor. Das ist ein gutes Ergebnis anerkennenswerter Anstrengungen. Damit darf sich aber noch niemand beruhigen. Angesichts der größeren Zahl von Bewerbern um Ausbildungsplätze in diesem und in den nächsten Jahren steht die Wirtschaft, steht das duale System der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule weiterhin in der Bewährungsprobe. (-/9.7.1979/hl/hgs)



Ein unbefriedigender Kompromiß

Der Bund an Anspruch auf eine bessere Finanzausstattung

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft"
der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundeskanzler hat sich am 6. Juli 1979 mit den Ministerpräsidenten der Länder darauf geeinigt, daß die Anteile am Umsatzsteueraufkommen auch in den Jahren bis 1981 auf der seit 1978 geltenden Höhe von 67,5 Prozent an den Bund und 32,5 Prozent an die Länder verbleiben sollen.

Die Fortschreibung des Status quo bei der Aufteilung des Umsatzsteueraufkommens kann nicht befriedigen. Denn dies bedeutet, daß zwar Mehr-Forderungen, die die Länder in der Verhandlungsphase mit zum Teil seltsamen Begründungen vorgelegt haben, abgewehrt werden konnten; aber es bedeutet auch, daß die Finanzausstattung des Bundes nicht verbessert wird, obwohl seine für den Gesamtstaat übernommenen Verpflichtungen zum Beispiel im internationalen Bereich, bei der EG-Finanzierung, für die Entwicklungshilfe sowie für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik ständig wachsen. Die bisher immer größer gewordene Öffnung der Schere zwischen Bund und Ländern bei der Deckungsquote ihrer Ausgaben-Haushalte durch eigene Einnahmen bleibt weit geöffnet, (1979 beim Bund 85,6 Prozent, bei Ländern und Gemeinden 91,8 Prozent; 1981: Bund 86,6 Prozent, Länder und Gemeinden 94,9 Prozent). Der Bund wird damit insbesondere von den Ländern Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Saarland und Rheinland-Pfalz, die unter Führung von Herrn Strauß eine noch weitergehende Rücknahme der Neuverschuldung des Bundes verlangen, gerade daran gehindert, obwohl sie als finanzschwache Länder in einer zweiten Umverteilung aus dem Umsatzsteueranteil des Bundes Finanzausweisungen erhalten.

Hier gilt es festzustellen, daß sich niemand an diesen Zustand des Status quo gewöhnen darf und die gut begründeten Ansprüche des Bundes auf einen höheren Anteil aufrecht-erhalten bleiben. Denn mit Sinn und Inhalt des Artikels 106 des Grundgesetzes, in dem eine Neufestsetzung der Anteile verlangt wird, wenn sich das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben des Bundes und der Länder wesentlich anders entwickelt, ist die offene Schere der Deckungsquoten nicht vereinbar. Spätestens am Ende der nun im Kompromißwege bestimmten Laufzeit der Vereinbarung muß Verfassungskonformität wieder hergestellt werden. Und dies bedeutet: Der Bund hat Anspruch auf eine bessere Finanzausstattung.

(-/9.7.1979/h1/hgs)

* * *



Runter vom Abstellgleis

Die SPD muß die alten Menschen besser integrieren

Von Heinrich Braune

Mitglied des Seniorenrates beim SPD-Parteivorstand

Die Bundesrepublik hat im internationalen Vergleich den höchsten Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung. Rechnet man von den 60jährigen an aufwärts, so gehören über 26 Prozent der Wahlberechtigten dazu; in Großstädten wie Hamburg und Berlin bereits 30 Prozent. Nach dem Rentenschnitt, nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben - dazu gehört unfreiwillig auch die wachsende Zahl der Dauerarbeitslosen unter den älteren Arbeitnehmern, vor allem der Angestelltenschaft - schiebt die Gesellschaft sie ab in die gesellschaftliche Rollenlosigkeit.

Mit der von der Wissenschaft längst verabschiedeten Defizittheorie, wonach Alter gleichzusetzen ist mit geistigem und körperlichen Abbau sowie Verlust an sozialer Reaktionsfähigkeit, verschafft sich die Gesellschaft gegenüber ihren älteren Mitbürgern ein Alibi, wenn sie sie in die Passivität, in die Isolation und schließlich in die Resignation drängt.

Zur Entschuldigung für ihr inhumanes Verhalten mag die Tatsache gelten, daß die neue Generationspyramide eine völlig unerwartete historische Situation darstellte, für deren Konsequenzen die Öffentlichkeit erst sensibilisiert werden muß.

Zu dem Stereotyp, daß alte Menschen geistig und körperlich hinfällig sind, gehört natürlich auch die Vorstellung der Pflegebedürftigkeit, zumindest aber der sie aller Verantwortung enthebenden Fürsorge und Betreuung. Tatsächlich sind aber nur etwa drei Prozent echt pflegebedürftig. Die Übrigen, für die man die oft gettoähnliche Unterbringung in Altersheimen anbietet, werden immer noch so behandelt, als stände ihre Pflegebedürftigkeit kurz bevor. Da aber das Angebot an Altersheimen aus finanziellen Gründen verhältnismäßig gering ist, bleibt die große Mehrheit der Alten sich selbst überlassen, zumal die Entwicklung zur Kleinfamilie den Großfamilienverband entweder ganz aufgelöst oder die Kleinwohnung ihn unmöglich macht.

Eine ebenso unerwartete Entwicklung innerhalb der älteren Generation läßt immer mehr erkennen, daß diese nicht bereit ist, das Stereotyp der Defizittheorie und damit der Isolierung für sich gelten zu lassen, sondern sich in zunehmendem Maße nach den Thesen der modernen Alterswissenschaft, der Aktivitätstheorie, verhält.

Da die Gesellschaft den Alten eine sinnvolle Rolle wie einst im Berufsleben verwehrt, bildet sich innerhalb der Altengeneration ein neues originäres Rollenverständnis heraus, das sich in einer eigenen Subkultur zu manifestieren beginnt. Man kann diese Aktivitäten nicht als Freizeitgestaltung im ursprünglichen Sinne bezeichnen. Denn diese dient der Regeneration zwischen den beruflichen Arbeitseinsätzen vor und wird dadurch bestimmt: Als Entspannung, als körperliches Ausgleichstraining und was sonst als Kontrast zu den Belastungen der Arbeitswelt gehört. Da der ältere Mensch ja praktisch nur über "Freizeit" verfügt, gilt es für ihn umgekehrt, diesem Zwang zur Untätigkeit zu begegnen: Durch die Gestaltung neuer Aktivitätsräume und neue Engagements, nicht nur privaten (Hobby), sondern auch gesellschaftlichen. Während die kommerzielle Freizeitindustrie besonders für die ältere Generation lukrative Konsumangebote macht und damit bereits Milliardenumsätze nachweisen kann, werden etwa bei Volkshochschulen und anderen öffentlichen Bildungsangeboten außerordentliche Zuwächse durch ältere Menschen gemeldet.



Hier beweisen sich die neuen Alterstheorien, wonach Alter nicht mit großen sozialen Reaktionsverlusten verbunden ist, sondern sich in Teilbereichen die Intelligenz sogar steigern kann. Voraussetzung dafür sind außer Gesundheit vor allem ein Lebensmilieu, das genügend neue Anregungen zu bieten vermag.

Zu diesem bevorzugten gesellschaftlichen Milieukreisen gehört vor allem auch politisches Engagement in den Organisationseinheiten der Partei - und Gewerkschaftsbewegung. Sie haben schon immer den gesellschaftlich engagierten Typus angezogen, der in der Organisationsarbeit, im politischen Gespräch, bei Wahlkämpfen und anderen öffentlichen Einsätzen Befriedigung und Erfüllung fand.

Umso mehr müssen diese ehemals aktiven Mitglieder der Arbeiterbewegung das systematische Hinausdrängen aus verantwortlichen Funktionen, aus dem Parteilieben überhaupt als besonders deklassierend empfinden. Das jetzt geltende Karrieredenken, die akademische Sprache, die Bewertung von Funktionen in der Parteiarbeit nach ihrem Stellenwert für den politischen und persönlichen Aufstieg sind die Gründe, die die tiefe Entfremdung der älteren Generation zur heutigen Parteilwirklichkeit verursacht haben. Sie muß erleben, daß die politische Tätigkeit, die unentgeltliche Arbeit in der Organisation nicht mehr als lebenqualifizierender Wert an sich betrachtet wird, sondern nur noch als Stufe auf der Karriereleiter. Sie anerkennt zwar die Legimität eines solchen Verhaltens, fühlt sich aber in diesem Milieu nicht mehr zu Hause und schließt sich selbst aus. In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache aufhellend, wenn in Umfragen deutlich wird, daß keineswegs aktives politisches Interesse vieler Mitglieder einst in die Partei brachte, sondern die Erwartung menschlicher Geborgenheit in einer kameradschaftlichen Gesinnungsgemeinschaft.

Die neue Partei dagegen ist nur noch politisch rational ausgerichtet, die zwischenmenschlichen Beziehungen spielen kaum noch eine Rolle, höchstens als Gruppenabsprache zum Erreichen bestimmter persönlicher oder taktischer Nahziele.

In solchem Milieu geht nicht nur die historische Kontinuität der Partei verloren, die durch die Erlebnisse und Erfahrungen der älteren Mitglieder repräsentiert wird, wahrscheinlich auch - was weit schwerwiegender ist - ihre historische Identität.

Aber es geht nicht nur um das gestörte Geschichtsbewußtsein, sondern auch um das Selbstverständnis der SPD als Volkspartei. Sie setzt nicht nur eine gewisse Gleichgewichtigkeit der Generationen voraus, sondern auch ein breiteres Verständnis zur allgemeinen politischen Theorie: Nicht nur der Beschäftigung mit rationalen Zukunftsperspektiven der Gesellschaft, sondern auch als elementare Beziehung zur menschlichen Existenz, zu ihren unterschiedlichen Lebensstufen und deren unterschiedlichen Erwartungen. Das setzt Verständnis und Toleranz zueinander voraus, Solidarität - wie es auf Arbeiterdeutsch heißt.

(-19.7.1979/vo-he/lo)

+ + +

